

Wird die Asylreform zu einer Büchse der Pandora?!



Margrit Neukomm, Zentralvizepräsidentin, Bern

Alle Parteien sind sich in einem Punkt einig: Die meist langwierigen Asylverfahren sollen beschleunigt werden. Je länger Asylbewerber auf einen Entscheid warten müssen, umso weniger sind sie bereit, im Falle einer Ablehnung die Schweiz wieder zu verlassen und verursachen dadurch höhere Kosten. Beim neuen Asylgesetz überwiegen jedoch die Nachteile. Die 12. Asylgesetzesrevision, das Prestigeprojekt unserer Justizministerin Simonetta Sommaruga, will die Asylverfahren beschleunigen, sie sollen schneller und fairer werden und in maximal 140 Tagen abgeschlossen sein. **Leider hat sie aber einige heimtückische Fallen in das**

POSTCODE

AZB 3001 Bern

neue Gesetz eingebaut. Neu soll jeder Asylsuchende von Anfang an automatisch eine kostenlose Rechtsberatung und -vertretung erhalten. Bisher gab es erst nach einem Rekurs eine kostenlose Rechtsvertretung, also wäre nur der frühere Zeitpunkt neu. Die Frage ist nun, ob die von der Flüchtlingshilfe rekrutierten und vom

Staat bezahlten Anwälte objektiv bleiben oder aus Ehrgeiz möglichst vielen Asylanten zu einer Aufenthaltsbewilligung verhelfen wollen. Es ist absehbar, dass noch mehr Rekurse die Kosten weiter erhöhen werden. **Die unentgeltliche Rechtshilfe wird auf die Asylsuchenden eine verstärkte Sogwirkung ausüben und die Schweiz als Asylland noch attraktiver machen!** Das neue Asylverfahren wurde im Bundeszentrum Juch, in Zürich-Altstetten, in einem Pilotprojekt zwei Jahre lang getestet. Die Resultate wurden in allen Medien überschwänglich gelobt. 39% der Verfahren seien rascher erledigt worden, 60% der Fälle innerhalb von 140 Tagen, einfachere Fälle sogar in 47 statt 61 Tagen.

Viele abgewiesene Asylsuchende sind freiwillig wieder zurückgereist, jedoch nur dank einer grosszügigen um das Vierfache höheren Rückkehrprämie von Fr. 2000.– pro Person.

Etliche Asylbewerber, rund ein Drittel, verschwanden allerdings einfach über Nacht, da sie von der Rechtsberatung rechtzeitig informiert wurden, dass ihr Gesuch chancenlos sei. In den herkömmlichen Asylzentren reisen nur 10% vorzeitig ab. Einige haben ihr Glück in einem der umliegenden EU-Länder versucht, doch der grösste Teil ist bei uns untergetaucht. Damit vergrössert sich in unserem Land die Zahl der geschätzten 250'000 «Sans-Papiers» noch weiter.

Enteignungen sind totalitär und undemokratisch

Im neuen Gesetz sind sechs Bundesasylzentren mit insgesamt



Bundesrätin Simonetta Sommaruga (Bild) hilft aktiv mit, wirksame Verschärfungen im Asylwesen zu verhindern.

Nein zur Änderung des Asylgesetzes

Befürworten Sie Gratisanwälte für eine noch höhere Attraktivität der Schweiz als Zielland?

Befürworten Sie eine totalitäre Rechtsordnung mittels Möglichkeit, Hauseigentümer enteignen zu können?

Dann stimmen auch Sie Nein zur Änderung des Asylgesetzes.

5000 Aufnahmeplätzen geplant. Je eines befindet sich in Bern, Lyss, Boudry, Giffers, Schwyz und einem noch nicht bestimmten Ort in der Waadt oder im Wallis. **Die Baukosten werden voraussichtlich 550 Millionen Franken betragen.** Da für diesen Sommer grössere Flüchtlingsströme aus Nordafrika

über Italien erwartet werden, sind für die zahlreichen Neankömmlinge weitere Aufnahmezentren nötig, noch bevor die Bundeszentren in Betrieb genommen werden können.

Fortsetzung Seite 2

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) hebt die Souveränität der Schweiz auf und macht sämtliche Anstrengungen für eine nachhaltige Wirtschaft zunichte.

Wird die Asylreform zu einer Büchse der Pandora?!

Fortsetzung von Seite 1

Das neue Gesetz ermächtigt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) für die Errichtung von Asylzentren Enteignungen bei Kantonen, Gemeinden und Privatpersonen durchzuführen.

Dies wird verharmlosend als «Plan-genehmigungsverfahren» bezeichnet, hat aber durchaus seine Tücken. Es erlaubt dem Bund, ohne Zustimmung der Kantone und Gemeinden, Zentren für Asylsuchende zu erstellen, wo auch immer das EJPD es sinnvoll findet. **Beschwerdemöglichkeiten bleiben wirkungslos, da das EJPD oberste Instanz ist.** Somit kann jeder Hauseigentümer zur Schaffung neuer Räumlichkeiten für Asylanten vom Staat enteignet werden. **Der Schweizerische Hauseigentümerverband (HEV) hat deswegen zum Schutze des Privateigentums die Nein-Parole beschlossen.** Enteignungen durch den Bund sind bisher nur für den Bau von Strassen, Eisenbahnlinien, Flughäfen sowie Bauten für Energieprojekte und militärische Zwecke erlaubt.

Zwangsenteignungen für Asylzentren überschreiten aber jegliche Grenzen des Tolerierbaren. Dies sind totalitäre Massnahmen, unwürdig für die liberale Schweiz, da unsere demokratischen Grundrechte damit aufs Größte missachtet werden.

Leider glauben die rot-grünen Parteien nicht, dass solche Enteignungen bei uns angeordnet oder gar durchgesetzt werden könnten. Warum wurde dieser Paragraph in das neue Asylgesetz aufgenommen? Einfach so? **Nein, es ist eine klare Absicherung, um mögliche Proteste aus der Bevölkerung, den Gemeinden und den Kantonen zu verhindern.** Das bedeutet, dass Simonetta Sommaruga gegen alle Widerstände ihre Politik der offenen Tore und Grenzen aufrechterhalten will, ohne Rücksicht auf die einheimische Bevölkerung.

Asyl-Notfallplan ist eine Farce

Beim Asyl-Notfallplan wurde die Organisation und Verteilung der Pflichten genauestens geregelt. Dieser tritt aber erst in Kraft, wenn Zehntausende von Flüchtlingen innert weniger Tage in die Schweiz strömen würden. Das Verteidigungsdepartement bekäme vom Bundesrat den Auftrag, die Grenz-



Zwangsenteignungen von Hauseigentümern stellen eine Einschränkung freiheitlicher Grundrechte dar.

wachtkorps mit der Militärpolizei zu unterstützen, jedoch erst auf ausdrücklichen Befehl. **Dieser würde aber nur bei einem Ansturm von mehr als 30'000 Migranten erteilt. Über Massnahmen zur Begrenzung der Aufnahmezahlen oder Schliessung der Grenzen verliert man kein Wort.** Rund 6000 Asylsuchende pro Monat könnten problemlos bewältigt werden. Dies ergäbe über 70'000 neue Asylanten pro Jahr! Solche Zahlen sind nicht verkraftbar für unser Land, da uns der freie Personenverkehr mit der EU jährlich zusätzlich mehr als 60'000 Zuwanderer beschert.

Ist das ganze Asylwesen eine wachsende Industrie, die immer mehr gut bezahlte Arbeitsplätze für Betreuer, Sozialarbeiter, Dolmetscher und Anwälte schafft?

Erwartet das EJPD, dass es die nächsten Jahrzehnte Jahr für Jahr in diesem Stil weitergeht, mit immer noch höheren Flüchtlingszahlen? **Bis die Bundesasylzentren gebaut und in Betrieb genommen werden können, dauert es einige Jahre.** Deswegen werden wohl einige Gebäude enteignet und als Asylzentren benutzt werden müssen. Können die kostspieligen Bundeszentren später anders genutzt werden? Oder werden sie weiter betrieben, wenn die Syrien-Krise zu Ende ist, um noch mehr fragwürdige Migranten aufzunehmen? Wir können als kleines, dichtbesiedeltes Land nicht einfach unzählige Wirtschaftsmigranten aus allen Ländern aufnehmen. **Es gibt immer weniger Arbeitsplätze für un-gelernte Arbeitnehmer.**

Ein Grossteil der Familien von Asylbewerbern lebt schon heute von der Sozialhilfe, was viele Gemeindebudgets stark belastet und zu massiven Steuererhöhungen führen wird.

Was passiert mit unseren Sozialwerken, der AHV, der IV, den Krankenversicherungen, wenn so viele Einwanderer, die nie einbezahlt haben, mitgetragen werden müssen? Diese Tatsache wird sich früher oder später zu einer gefährlichen Zeitbombe entwickeln!

Folgen der Masseneinwanderung

Unsere Umwelt, die durch grössere Bevölkerungszahlen noch mehr leidet, wird völlig ausgeklammert. **Auch wenn immer mehr wertvolles Kulturland überbaut wird, ist dies kein Argument für die rot-grünen Parteien gegen weitere Zuwanderung.** Sie begrüssen bekanntlich eine weltweite Globalisierung! Wenn wir weiterhin zulassen, dass solche Massen von Migranten aus den verschiedensten Nationen bei uns Einlass finden, wird sich unsere Heimat auf eine Art und Weise verändern, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Steigende Kriminalität, Gewalt, Parallelgesellschaften, Umweltzerstörung, Chaos, Konflikte mit anderen Religionen und eine allgemeine Verarmung der Schweizer Bürger werden die Folge sein.

Mit der geplanten Asylreform wird unser Asylwesen ausgebaut, massiv verteuert und keineswegs verschärft. Das Gegenteil trifft zu. Es werden noch mehr Asylbewerber zu uns kommen.

Die Last trägt das Schweizer Volk mit immer höheren Steuerlasten, Einschränkungen und einem Verlust der eigenen Identität.

Grenzkontrollen und Hilfe vor Ort

Beinahe alle EU-Staaten haben ihr Asylgesetz verschärft, Grenzkontrollen eingeführt, sogar Grenzzäune gebaut und Höchstquoten bestimmt. **Doch für unseren Bundesrat sind solche Massnahmen kein Thema. Somit wird die Schweiz zu einem der attraktivsten Länder Europas!**

Wir fordern deshalb systematische Grenzkontrollen und die sofortige Rückweisung von Migranten, welche nicht an Leib und Leben gefährdet sind!

Warum wird die Willkommenskultur unserer Bundesrätin Simonetta Sommaruga weiterhin von so vielen Schweizern unterstützt? **Wäre es nicht besser, die Hilfe für die Flüchtlinge in den betroffenen Ländern zu verbessern, statt alle bei uns aufzunehmen?** So könnten unsere Gelder besser und effizienter eingesetzt werden. Haben wir nichts gelernt am Beispiel Deutschlands und Österreichs? Wollen wir ihre Fehler wiederholen?

Die meisten Asylbewerber reisen aus sicheren EU-Ländern ein und könnten gemäss dem Dublin-Abkommen dorthin zurückgewiesen werden.

Zusätzlich erhalten wir auch noch 6000 der besonders Schutzbedürftigen von der EU, für die ja unsere Bundesrätin freiwillig zugesagt hat. **Wann erwacht unsere Justizministerin Sommaruga endlich aus ihrem Mutter-Teresa-Traum und erkennt die ernüchternde Realität, dass unser vorbildlicher Staat dank ihrer Asylpolitik zunehmend zerstört wird?** Ist sie wirklich so blind für die zukünftigen Entwicklungen?

Wir Schweizer Demokraten legen aus Sorge um die Zukunft unseres Landes am 5. Juni ein Nein zur Asylrevision in die Urne! **Das Asylwesen darf nicht noch mehr ausgebaut werden, das bestehende Asylgesetz sollte man nur konsequenter durchsetzen.**

Zum Beispiel müssten alle «vorläufig Aufgenommenen» wieder in ihre Heimat zurückgewiesen werden, sobald sich die dortige Situation verbessert hat. **Leider werden Rückführungen von den zuständigen Behörden vernachlässigt und nur selten durchgeführt, aus Angst vor Protesten und Komplikationen.** Dies ist gefährlich und unverantwortlich! Eine effizientere Bearbeitung der Asylgesuche ist auch ohne ein neues Gesetz realisierbar. Ansonsten warten wir auf die 13. Revision, die hoffentlich eine deutliche Verbesserung sprich Verschärfung zur Folge haben wird, und keinen Enteignungsparagraphen für private Gebäude und Grundstücke beinhaltet. **Nein zu dieser Mogelpackung einer Asylrevision!**

«Masseneinwanderung» – die Hoffnung stirbt zuletzt



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Seit 1971 haben wir in mehreren politischen Programmen das Problem der Übervölkerung thematisiert. So lesen wir zum Beispiel im «Politisches Schwerpunktprogramm 1977» unter Ziffer 1 «Bevölkerungspolitik»:

*Die rasche und weltweite Verschlechterung der Lebensgrundlagen bei gleichzeitig starkem Wachstum der Weltbevölkerung macht eine umweltbewusste Bevölkerungspolitik unumgänglich. Früher oder später wird jedes Volk gezwungen sein, weitgehend mit den natürlichen Gütern seines Raumes auszukommen. Der heutige internationale Warenaustausch bedeutet zum Teil eine Ausbeutung der Dritten Welt. Der materielle Wohlstand und der Ernährungsüberfluss in den Industriestaaten wird durch Not und Hunger in zahlreichen Ländern der übrigen Welt in Frage gestellt. Die Schweiz und Europa sind insgesamt als überbevölkert einzustufen. Das bedeutet Anpassung der Gesamtbevölkerung an die natürlichen Lebensgrundlagen des schweizerischen Territoriums. Wegen der Übervölkerung Europas vermag auch ein Aufgehen in einem vereinigten Europa die Probleme nicht zu lösen, es verlagert sie bloss auf eine andere Ebene. Daraus ergibt sich unter anderem folgende Forderung: **Senkung der Gesamtbevölkerung durch Förderung der Rückwanderung der ausländischen Wohnbevölkerung und Verminderung der Neueinwanderungen.***

Schädliches Dauerwachstum

Die Haare stehen einem zu Berge, überlegt man sich die Entwicklung, welche seither zu beobachten ist.



Die Überlastung der Verkehrswege – eine Folge der chronischen Massenzuwanderung.

Unter dem Druck der Wirtschaft und als Folge einer unverantwortlichen Asylpolitik ist die Bevölkerungszahl der Schweiz in den vergangenen bald 40 Jahren von rund 6,3 Mio. Menschen auf beinahe 8,5 Mio. angestiegen.

Entsprechend haben sich alle übrigen Indikatoren schlecht entwickelt. **Zu denken ist an den Kulturlandverlust, die Bodenpreise, die Überlastung der Verkehrswege, die bedrückende Enge in den Zentren usw.** Die Tatsache, dass in einem begrenzten, endlichen Raum mit grösstenteils nicht oder nicht genau bekannten aber sicher erschöpfbaren Vorräten und Regenerationsmöglichkeiten so getan wird, als ob mit durchwegs unendlichen Dimensionen gerechnet werden könnte, stützt den Wachstums-Aberglauben der Wirtschaft und der meisten Politiker. Im Februar 1971 predigte der Schreiber (Zitat):

Die Menschheit steckt in einer tragischen Entwicklung. Seit ca. 250 Jahren vermehrt sie sich in immer rascherem Tempo. Waren für eine Verdoppelung in der Zeit von Christi Geburt noch 1600 Jahre notwendig, sind es gegenwärtig weniger als 40 Jahre. Diese be-

*sorgniserregende Tatsache – sie wird richtigerweise als die menschliche Atombombe bezeichnet, ist die Folge verschiedenster vorerst durchaus positiver Errungenschaften. Leider stand nun den grossartigen Erfolgen nicht die entsprechende Einsicht in Fragen des biologischen Gleichgewichtes und in Bezug auf die Notwendigkeit der Anpassung der menschlichen Fruchtbarkeit an die neue Situation zur Seite. **Damit musste es zu einem gravierenden Ungleichgewicht zwischen Natalität (= Geburtenhäufigkeit) und Mortalität (= Sterberate) kommen.** Die Folge davon ist die immer raschere Zunahme der menschlichen Bevölkerung. Eine Tatsache, die jedem biologisch geschulten Menschen den kalten Schauer über den Rücken jagen muss.*

Basierend auf einem wissenschaftlichen Versuch von Dr. K. Klingler kam man damals zur Schlussfolgerung (Zitat):

Das Gleichgewicht zwischen Natalität und Mortalität der Menschheit ist mit allen Mitteln anzustreben. Und die technischen Hilfsmittel sind streng auf ihre Beeinflussung der Umwelt zu prüfen und äusserst vorsichtig einzusetzen.

Was ist seitdem passiert? – Nichts, ausser dass verschiedene Völker die Massenmigration als politisches Druckmittel einsetzten und noch einsetzen und dass die Mächtigen dieser Welt hemmungslos ihre Globalisierungspläne verfolgen. Dies unbekümmert um die schrecklichen Folgen für die betroffenen Völker und den Verlust unermesslicher materieller Werte.

Und in der Schweiz

Die Initiative zur Bremsung der Masseneinwanderung wurde zwar angenommen; **um die Durchsetzung aber wird in unwürdigster Weise gefeilscht. Die Wirtschaftsvertreter sind offenbar völlig uneinsichtig und wollen um jeden Preis weiter wachsen.** Und der Bundesrat spielt eine verhängnisvolle Rolle; das hat er jüngst mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien, seinem Willen dem Rahmenvertrag mit der EU unter allen Umständen beizutreten und der Teilnahme an den Geheimverhandlungen für eine atlantische Freihandelszone bewiesen. Dazu kommt noch die Teilnahme an den Manövern der NATO (Pfp) und damit die akute Gefährdung unserer Neutralität.

Die Ecopop-Initiative, die einen Schritt in die richtige Richtung bedeutet hätte, wurde unter dem Trommelfeuer der Wachstumsfanatiker grossmehrheitlich abgelehnt.

Es bleibt die Hoffnung, **dass unser Volk unter dem zunehmenden Druck der Masseneinwanderung kulturell fernstehender Völker die eigene Situation zu überdenken beginnt und sich für den Erhalt der eigenen Nation als selbstständige Einheit entscheiden wird.** Wie gesagt – die Hoffnung stirbt zuletzt!

SD 
Schweizer Demokraten

Es ist noch nicht zu spät! Unterschreiben Sie jetzt das Referendum gegen die Halbierung der Armee.

Abstimmungsparolen zum Urnengang vom 5. Juni 2016

Die ordentliche schweizerische Frühlingsversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 5. Juni 2016 beschlossen:

Ja zur Volksinitiative «Pro Service public»

Die Initiative will die Qualität des «Service public» in der Bundesverfassung verankern. Bundesnahe Betriebe wie die Post, die SBB und die Swisscom sollen demnach eine flächendeckende Grundversorgung zu angemessenen Preisen anbieten.

Eine nicht gewinnorientierte Geschäftspolitik sorgt dafür, dass die Gelder in den jeweiligen Unternehmungen verbleiben und entsprechend reinvestiert werden.

Genauso ist auf Quersubventionierungen (Finanzierung anderer Zweige der Bundesverwaltung) zu verzichten. Des Weiteren kann man eine vollumfängliche Kostentransparenz nur mit der vollständigen Abgrenzung des festgelegten Versorgungsauftrags zu allen übrigen Leistungen garantieren.

Die Schweizer Demokraten (SD) verurteilen den Abbau des «Service public» mittels Poststellenschliessungen und chronischen Preiserhöhungen beim Bahnverkehr.

Im Gegenzug erhalten die CEO's dieser Betriebe exorbitante Saläre. Diese sind den Löhnen der Bundesverwaltung gleichzustellen. Die SD haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»

Dieses Anliegen verlangt, dass jede in der Schweiz lebende Person ein garantiertes finanzielles Einkommen hat. Dabei schlagen die Initianten monatlich Fr. 2500.– für Erwachsene und Fr. 675.– für Minderjährige vor.

Die Folgen eines solchen radikalen Systemwechsels wären wohl verheerend, zumal keinerlei Anreiz mehr bestünde, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.



Mehr Gelder zum Erhalt von Poststellen statt exorbitante Saläre im obersten Kader! Ja zur Volksinitiative «Pro Service public».

Aufgrund fehlender Steuererträge müsste schliesslich der Staat selbst massive Einbussen hinnehmen. Zudem hätten alle in der Schweiz lebenden Personen Anrecht auf dieses Grundeinkommen, was in Zusammenhang mit den aktuellen Flüchtlingsströmen einen immensen Anstieg der Asylnigration provozieren würde. Die Schweizer Demokraten (SD) erkennen die gut gemeinte Absicht hinter dieser Initiative. Lösungen sollten jedoch im Rahmen des vorhandenen Sozialwesens gefunden werden. Zu erwähnen sind etwa Mindestlöhne, höhere Taggelder für Stellenlose oder aber mehr Arbeitsplätze für sogenannte Leistungseingeschränkte. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»

Die Initianten wollen, dass zukünftig der gesamte Ertrag der Verbrauchssteuer sowie der Nationalstrassenabgabe vollumfänglich dem Strassenverkehr zugutekommt.

Dabei sind bei der aktuellen Regelung lediglich 50 Prozent zweckgebunden. Die andere Hälfte, welche in die Bundeskasse fliesst, würde den Fiskus in seinem Handlungsspielraum beträchtlich einschränken.

Einschneidende Sparpakete wären die Folge. Zudem hätte eine solche Verteilung der Gelder keine lenkende Wirkung mehr. Für eine res-

sourcenschonende Verkehrspolitik müssen diese Mittel zwingend zur Verfügung stehen, was das Stimmvolk unter anderem mit der Einrichtung eines Bahninfrastrukturfonds entschieden hat. Notwendige Projekte zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs in ländlichen Gebieten könnten allenfalls nicht realisiert werden.

Die Schweizer Demokraten (SD) ziehen es vor, den Automobilisten mittels steuerlichen Entlastungen für verbrauchsarme Fahrzeuge zu unterstützen.

Ausserdem sollte man mit finanziellen Massnahmen weitere Preiserhöhungen beim Bahnverkehr verhindern. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizinengesetz, FMedG)

Die Gesetzesänderung verlangt, dass im Rahmen der künstlichen Befruchtung der gezeugte Embryo vor seiner Einpflanzung in die Gebärmutter genetisch untersucht werden darf. Vor einem Jahr hat das Stimmvolk bereits die entsprechende Verfassungsänderung angenommen. Einem Paar, das auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen kann, würde diese Präimplantationsdiagnostik (PID) ebenfalls zur Verfügung stehen. Diese Zulassung lehnen die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ab, zumal eine verhältnismässig hohe Anzahl von potenziellen Eltern für eine PID in Frage käme.

Dies hätte eine ungerechtfertigte Auswahl zwischen bevorzugtem und weniger gewünschtem Leben zur Folge.

Fortsetzung Seite 5



Keine Sparmassnahmen beim öffentlichen Verkehr und der Landwirtschaft! Nein zur Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung».

Für einen transparenten und bezahlbaren Service public! Ja zur Volksinitiative «Pro Service public».

Abstimmungsparolen zum Urnengang vom 5. Juni 2016

Fortsetzung von Seite 4

Gleichzeitig soll die Entwicklung von bis zu zwölf Embryonen (heute drei) erlaubt werden, was diese Wahlmöglichkeit nochmals verstärkt. Die Geburt eines Menschen mit schwerwiegendem gesundheitlichem Gebrechen würde wohl auf diese Weise generell verhindert. Die SD haben zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Änderung des Asylgesetzes (AsylG)

Mit dieser Revision des Asylgesetzes soll die Grundlage für beschleunigte Behandlungsverfahren geschaffen werden. Zudem will man einen Grossteil sämtlicher Gesuche in sogenannten Bundesasylzentren bearbeiten.



Massnahmen zur Reduktion der Asylgesuche fehlen bei dieser Gesetzesrevision gänzlich.

Im Gegenzug erhalten jedoch alle Asylbewerber eine kostenlose Rechtsvertretung, was die Schweiz als Zielland für Flüchtlinge noch attraktiver macht.

Die Folgen wären auch ein Anstieg der Rekurszahl, sodass man letztlich eher mit einer Verlängerung der Verfahrensfristen rechnen müsste. Des Weiteren kann der Bund die Kantone, die Gemeinden und vor allem private Hauseigen-

tümer zur Errichtung neuer Asylzentren enteignen. Eine solche Regelung ist totalitär und beschneidet demokratische und freiheitliche Grundrechte.

Die Schweizer Demokraten (SD) vermischen bei dieser Vorlage zwingende Massnahmen zur Beschränkung der Asylummigration.

Eine sofortige Einführung von Grenzkontrollen sowie eine Bewachung der südlichen Grenzgebiete tun not.

Ausserdem befürworten die SD eine konsequente Wegweisung von Asylanten mit abgelehnten Gesuchen. Zur Vorlage wurde die Nein-Parole beschlossen.

Frühlingsversammlung
der SD Schweiz

«Kroatien-Connection» im Asylwesen

Das ist der Originaltitel aus der Aargauer Zeitung. Wenn man bedenkt, wie ausländerfreundlich (um nicht gerade zu sagen «besessen») die Aargauer Zeitung – und das frühere Badener Tagblatt, das heute unter dem Sammelbegriff «Nordwestschweiz» erscheint – seit Jahrzehnten ist, kann man sich sehr wohl vorstellen, wie tief die Schweiz bereits gesunken ist. Von «unabhängig» ist keine Rede mehr. Eigentlich kein Wunder bei unserem völlig desolaten Bundesrat, der immer mehr nur noch nach der Pfeife unserer EU-Kolonialherren aus Brüssel tanzt. Der Untertitel des halbseitigen Artikels lautet wie folgt: «Flüchtlinge: Kantonsbeamter vergab Aufträge an Frau seines Cousins – jetzt wird er von seinen Aufgaben entbunden.» Das Ausmass dieser «Kroatien-Connection» begann relativ harmlos mit der Bestellung von Metallschranken aus Kroatien für Asyl-

zentren im Wert von 14'500 Franken durch die Firma Francopan GmbH.

Laut Balz Bruder, dem Sprecher des Departements Gesundheit und Soziales der grünen Regierungsrätin Susanne Hochuli, haben die Bestellungen aus Kroatien einen Umfang von rund 750'000 Franken erreicht.

Die besagte Firma Francopan GmbH wurde laut Aargauer Zeitung «erst am 17. Juli 2015 gegründet und hat ein vergleichsweise bescheidenes Stammkapital von 20'000 Franken. Die Frage drängt sich auf: **Wie kommt eine so kleine neu gegründete Firma zu derart vielen Aufträgen des Kantons?»** (Zitatende aus der Aargauer Zeitung)

Die Firma Francopan GmbH, die als Geschäftszweck «Warenimport

und Verkauf von Waren aller Art nennt, gehört der Kroatin Sabina Brasnjic. Der eingangs erwähnte zuständige Beamte im Aargauer Regierungsrat heisst Ivica Grgic und kommt (woher wohl?) ebenfalls aus Kroatien.

Persönliche Beziehungen, lies Vetternwirtschaft

Und hier kommt in der Aargauer Zeitung einer der vielen Tiefpunkte aus diesem Artikel (wörtlich): «Balz Bruder sagt auf Anfrage, zwischen der Inhaberin der Francopan GmbH und dem Leiter des kantonalen Fachbereichs Sicherheit und Logistik gebe es keine direkte verwandtschaftliche Beziehung. **Der Ehemann von Frau Brasnjic ist jedoch der Cousin von Herrn Grgic, sagt der Sprecher von Sozialdirektorin Susanne Hochuli**» (Ende des Zitats aus der Aargauer Zeitung).

Und ein weiterer Tiefpunkt (wie-

derum wörtliche Wiedergabe): «**Die Geschäftsbeziehung mit der Francopan GmbH habe dieser (Herr Grgic, der Redaktor) mit Wissen seiner direkten Vorgesetzten Frau Hochuli, aber ohne deren Kenntnis über die verwandtschaftliche Beziehung, hergestellt**» (Zitatende). Und weiter aus der Aargauer Zeitung: «Ivica Grgic wird vorläufig von seinen Aufgaben als Fachbereichsleiter entbunden und in nächster Zeit andere Aufgaben übernehmen.»

Ein Schweizer würde bei einem solchen Sachverhalt sicher fristlos entlassen.

Schlussbemerkung des Schreibenden: Das ist erst etwa die Hälfte des Artikels aus der Aargauer Zeitung. Für mich steht fest: **Eine solche Regierung muss weg.**

Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



SD Stadt Bern: Höck (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.



Luzern-Innerschweiz: Höck im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer

jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.



Kantonalsektion St. Gallen: Stamm am Mittwoch, 6. Juli 2016, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.



Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch

Hundemassaker für traditionelles Hundeschlacht-Festival

In Südchina ist der Verzehr und Handel von Hunde- und Katzenfleisch eine jahrhundertealte Tradition und gilt als besondere Delikatesse. Die Chinesen essen praktisch alles, was vier Beine hat. **Jährlich werden 10 Millionen Hunde und Katzen in speziellen Schlachthäusern auf brutalste Art und Weise getötet.** Geräuchert oder als Gulasch soll beides sehr delikatschmecken. **Auch sei es angeblich ein vorzügliches Mittel zur Potenzsteigerung.**

Was aber in der südchinesischen Provinz Guangxi, in Yulin, zur Feier der Sommersonnenwende seit 2009 alljährlich geschieht, ist unvorstellbar schrecklich. Zehntausende von Hunden werden auf offener Strasse eingefangen, sogar Haushunde ihren Besitzern gestohlen, in enge Käfige gesperrt, einige Tage ohne Wasser und Futter gehalten, und schliesslich auf grausamste Art zu Tode gequält.

Zuerst werden die verschüchterten, bedauernswerten Tiere halb zu Tode geprügelt, dann lebendig gehäutet oder das Fell mit einem Brennkolben abgesengt, in kochendes Wasser geworfen (immer noch lebendig), und letztlich gekocht und gebraten.

Dies geschieht öffentlich und sogar Kinder schauen dabei zu! Es sind die schlimmsten mittelalterlichen Höllenvisionen, wie sie uns die katholische Kirche schildert, begangen an hilflosen, unschuldigen Tieren.



Immer noch wird in China massenhaft Hundefleisch gegessen.

Der Grund für diese grässliche Tierfolter ist, dass je mehr Schmerzen ein Tier vor seinem Tode erleidet, umso mehr Adrenalin wird im Körper ausgeschüttet oder umso höher steigt der Adrenalinpiegel.

Dadurch werde das Fleisch schmackhafter und zäher. Die Chinesen glauben, dass zähes Hundefleisch die Potenz der Männer steigere. **Ausserdem soll Hundefleisch mit Litschis, Likör und Bier serviert, Glück bringen und die Sommerhitze erträglicher machen.** In der Region Yulin sterben jedes Jahr 300 Menschen an Tollwut, übertragen durch den Verzehr von Hundefleisch, doch dies ändert nichts an dessen Beliebtheit.

Proteste wirkungslos

Weltweit gibt es immer mehr Proteste gegen diese bestialischen

Hundeschlachtungen, doch diese blieben bisher ohne Wirkung. Sogar in China protestieren vermehrt Tierfreunde vor Hundeschlachthöfen und Hundefleisch-Restaurants, so auch in Yulin, wo das traditionelle Hundeschlacht-Festival trotzdem weiterhin stattfindet.

Am 15. Mai 2016 demonstrieren 100'000 chinesische Tierbeschützer in Dalin, in der Provinz Liaoning, gegen das Yulin-Hundeschlacht-Festival.

Wer Mitgefühl für gequälte Tiere verspürt, wird dies früher oder später auch für Menschen empfinden. **Doch in einem Staat, der nicht einmal Menschenrechte garantiert, haben Tierrechtskämpfer keine grosse Chance.** Die chinesische Regierung in Peking diskutiert zwar seit 2010 über ein neues Gesetz, das den Verzehr und Handel von Hunde- und Katzenfleisch

verbieten soll. Der einzige Grund dafür ist jedoch, **dass China einen Prestigeverlust im Ausland befürchtet.** So wurde als erste Massnahme das Angebot für Hundekarten und Katzenfleisch aus den Speisekarten von Restaurants mit internationalen Gästen entfernt, doch ist es auf Anfrage immer noch erhältlich.

Bundespräsident Johann Niklaus Schneider-Ammann hat im Jahr 2013 ein bilaterales Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen, das am 1. Juli 2014 in Kraft getreten ist. Dieses Abkommen ist umstritten.

Gemäss einer Umfrage sind 61 Prozent der Schweizer gegen ein Freihandelsabkommen mit China, weil Menschenrechte nicht respektiert werden. Viele Schweizer Bürger boykottieren inzwischen Produkte aus China.

Sie befürchten, dass Lebensmittel und andere Güter zu hohe Werte an Schadstoffen, Insektiziden und Pestiziden enthalten und zusätzlich menschlichen- und tierrechtlichen Aspekte verletzt würden. Befremdend ist auch, dass die Chinesen vermehrt regulatorische Forderungen an die Schweiz stellen. **Sie wollen uns sogar den freundschaftlichen Kontakt zu den Tibetern verbieten. Wann kündigen wir dieses fragwürdige, unnötige Abkommen mit China endlich?**

*Margrit Neukomm,
Zentralvizepräsidentin, Bern*

Universitäten: Zweifelhafte Qualität

Mir ist aufgefallen, dass die Qualität der Universitäten in mehreren Gebieten Schwächen aufweist. Es gibt Bereiche, wo die Qualität der Ausbildung mangelhaft ist. Beispielsweise werden in der Ökonomie respektive Betriebswirtschaftslehre viele Theorien gelehrt, die nur beschränkt gültig oder sogar falsch sind. Die Portfeuilletheorie von Markowitz ist teilweise falsch, was viele Fondsverwalter bestätigen. Des Weiteren hat die Shareholder-Value-Theorie einen destruktiven Aspekt. Auch

den Bereich der Notenbanken kann man als zweifelhaft betrachten.

Es herrscht ein ideologischer Internationalismus nach amerikanischer Art, der als absolut richtig betrachtet wird und niemand in Frage stellen darf.

Bei den Naturwissenschaften sind gewisse Bereiche ebenfalls nicht in einer guten Verfassung. Zum Thema Chemie finde ich die meisten Doktorarbeiten uninteressant und

der wissenschaftliche Wert ist zumindest fragwürdig. Auch in der Physik, wo das Paul-Scherrer-Institut immer wieder kleine Erfolge verzeichnen kann, **ist der Nutzen für das investierte Geld zu gering.** Auch das Biozentrum in Basel ist ein Topinstitut, aber dennoch etwas teuer im Vergleich zum Ertrag.

Die Geisteswissenschaften, beispielsweise Geschichte, sind von vielen Professoren stark ideologisch beeinflusst (Diskussion zur

Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Schlacht bei Marignano usw.)

Letztlich herrscht in der Psychologie ein stark schematisches Denken. Daraus ergibt sich folgendes Fazit: Die Universitäten könnten durchaus ein gutes Management gebrauchen (was sie ja angeblich lehren). **Im Bereich Qualität und Kosten/Nutzen könnte man sich verbessern.**

Walter Huber, Basel



Pétition contre la reconnaissance publique de l'Islam

Jeudi, le 3 décembre 2015 à 15 h 30 nous avons présenté devant la Commission des Pétitions du Grand Conseil de l'Etat de Vaud notre Pétition. La Présidente de la Commission et de nombreux parlementaires ont assisté à la séance. Pour les Démocrates Suisses étaient présents moi-même. Le texte de la Pétition est: **Pétition contre la reconnaissance de l'Islam en tant que communauté religieuse d'intérêt public au sens de l'art. 171 de la Constitution Vaudoise.** La Pétition a été remise à la Chancellerie d'Etat le 9 septembre 2015 munie de nombreuses signatures récoltées lors des stands d'information. Nous avions 10 à 15 minutes pour présenter notre Pétition devant la Commission. Nous avons développé les arguments présents dans notre Pétition à savoir: L'Islam n'est pas une religion selon l'acceptation courante, à savoir la promotion du salut des âmes, mais entend également organiser la société civile selon ses règles, **ce qui est incompatible avec notre ordre constitutionnel et nos traditions.**

Sur le plan institutionnel, l'art. 15 de la Constitution fédérale garantit la liberté de croyance et de conscience. L'art. 72 indique que la relation entre l'Eglise et l'Etat est de la compétence des cantons. Sur le

plan doctrinal, la théocratie voulue par l'Islam (Dictionnaire des religions, Maury-Eurolivres, ISBN 2-7434-1599-1) institue deux types de territoire, **le domaine de l'Islam, dar al-islam, et le domaine de guerre, dar al-harb, territoires non-musulmans censés être en voie de coranisation.**

L'objectif de l'Islam est l'instauration de la loi d'Allah sur l'ensemble du monde.

La Révélation donnée par le Prophète est insurpassable et valable pour l'éternité. Puis nous avons donné un aperçu de la situation contemporaine.

La promotion de l'arabisme est le but du parti Baath fondé en 1953 par un chrétien orthodoxe, Michel Aflak. Le Baath est au pouvoir en Syrie depuis 1963 et en Irak de 1968 à 2003. Le Président de l'OLP Arafat et le Président égyptien Nasser se réclamaient de la Nation Arabe. Dans ce contexte, ce n'est pas l'Islam qui est mis en avant, mais l'arabisme.

Cette tendance bien qu'encore présente est confrontée à une réislamisation du monde musulman.

Les intellectuels musulmans qui ont cherché à concilier la culture européenne avec l'Islam ont cédé la place à un courant islamique qui rejette le modèle occidental devenu de plus en plus matérialiste et permissif, **ce courant recherche dans l'Islam les valeurs pour régir la société.** Les tenants du courant islamisant sont les pères spirituels de la Révolution en Iran. Nous noterons que les chiites n'ont pas persécuté les chrétiens. L'Ayatollah Khoumeyni a surtout exhorté les pays musulmans à ne pas subir l'hégémonie des puissances occidentales. Les chiites ne représentent qu'une minorité dans le monde islamique et sont combattus par une partie de la majorité sunnite.

L'Islam sunnite est prosélytiste, son expansion est financée par les états musulmans surtout les états du golf qui disposent de moyens financiers conséquents.

D'autre part, la forte démographie des pays musulmans, env. 300 millions en 1950 et aujourd'hui 1300 millions est une des causes de l'émigration vers l'Europe. **C'est une illusion de croire que l'on peut intégrer l'Islam, par exemple en formant des imams supposés modérés.**

Aucun musulman ne peut être lié par un engagement envers une autorité non-musulmane au sujet de l'Islam.

Si une concession est accordée, elle ne peut pas être retirée. Il n'y a qu'une direction l'islamisation. Pour la question de la compatibilité de l'Islam avec nos traditions, **nous nous référons au préambule de la Constitution fédérale de 1999 au nom de Dieu Tout-Puissant. Sur le Palais fédéral, il y a la croix. La croix est un symbole rejeté par l'Islam.** Dans la vie pratique, on exclue des cantines le porc, animal considéré comme impur. On demande de la viande halal, l'abattage rituel est interdit en Suisse, on exige la séparation des hommes et des femmes dans les bains publics, etc... Dans la discussion qui a suivi l'exposé, la Présidente de la Commission a fait remarquer que l'Islam n'était pas encore reconnu comme communauté religieuse d'intérêt public et qu'une telle reconnaissance était soumise à des conditions. Un membre de la commission et parlementaire présent a souligné que des démarches pour une reconnaissance étaient en cours et que tôt ou tard la question de la reconnaissance allait se poser, ce qui était l'avis d'autres membres.

Nous avons précisé que dans le cas d'une reconnaissance nous lancerons le référendum et que pour éviter des frais inutiles, il valait mieux accepter notre Pétition.

Michel Dupont, coprésident des DS Suisse, Pully

Asile: une curieuse campagne

Lorsque vous lirez ces lignes, vous aurez probablement déjà voté sur le référendum dirigé contre la dernière modification de la loi sur l'asile. **Nous appelons à voter Non.** Notre journal avait déjà traité cet objet (Démocrate Suisse 9/10 2015 et 3/4 2016). L'importance du sujet mérite cependant que l'on s'y attarde une fois encore.

Ne remarquez-vous rien sur les murs de votre ville ou de votre village depuis quelques semaines? C'est cela, oui: il n'y a aucune affiche pour soutenir le référendum, lancé par un parti, à savoir l'UDC, qui ne manque pourtant pas de moyens. Comment expliquer ce désintérêt?

Pourtant, pour la première fois depuis 1981, **la loi sur l'asile est ouvertement modifiée en faveur**

des requérants. Qui auront désormais droit à des conseillers juridiques gratuits, donc à nos frais. **Ce alors que la pression migratoire n'a jamais été aussi forte.** Au détriment de notre pays et, en particulier, des plus modestes de nos compatriotes.

De surcroît, à une époque où la Confédération pratique une stricte politique d'économies, y compris même au détriment de nos agriculteurs.

Une véritable aberration. Cela n'aurait-il pas mérité une campagne d'affichage? Le référendum a été lancé pour soutenir la campagne des élections fédérales; la votation a lieu trois ans et demi avant la fin de la législature.

A n'en pas douter, la direction de l'UDC espère que nos compatriotes auront tout oublié d'ici les élections fédérales de 2019.

Bref, cette votation a été passée par pertes et profits: si l'on perd, tant pis; si l'on gagne, c'est tout bénéfice. Car, dans l'immédiat, **il est plus rentable de soutenir l'initiative des milieux routiers que de s'occuper de l'emprise étrangère, pas vrai?** Mais, n'en déplaise aux stratèges de l'UDC, le peuple suisse a la mémoire longue. Nous saurons donc nous souvenir de cette votation.

Pierre-Maurice Vernay, secrétaire des DS Vaud, Remaufens

Consignes de vote pour les votations fédérales du 5 juin 2016

- Oui à l'initiative populaire «En faveur du service public»
- Non à l'initiative populaire «Pour un revenu de base inconditionnel»
- Non à l'initiative populaire «Pour un financement équitable des transports»
- Non à la modification de la loi fédérale sur la procréation médicalement assistée (LPMA)
- Non à la modification de la loi sur l'asile (LAsi)

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil
Margrit Neukomm, Bern

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Transatlantisches Freihandelsabkommen: Nein zum absoluten US-Diktat

Die zuständigen politischen Kreise um Bundesrat Johann Niklaus Schneider-Ammann befürchten, dass zukünftig zahlreiche Schweizer Wirtschaftszweige ohne Teilnahme am sogenannten Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) mit einschneidenden Nachteilen rechnen müssen. Die Schweizer Demokraten (SD) verurteilen diese zustimmende Haltung. Dieses Abkommen hätte über weite Strecken die Aufhebung der Souveränität sämtlicher europäischer

Nationalstaaten zur Folge, **zumal die USA ihre wenig nachhaltigen Wirtschaftsnormen zu zwingenden Spielregeln für den Freihandel erklären würden.**

In der Landwirtschaft wäre man dazu verpflichtet, gentechnisch veränderte Organismen zu akzeptieren. Die Stärke des einheimischen Marktes, die hervorragende Produktqualität, würde ersatzlos aufgegeben.

Auch könnten sich Grosskonzerne gegen staatliche (politische) Entschiede zur Wehr setzen.

Für die SD stellt TTIP den Beitritt in ein bundesstaatliches Konstrukt, dirigiert von den USA, dar. Jegliche Fundamentallopposition ist hiermit Pflicht.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Schweizer Demokraten (SD) unter neuer nationaler Parteiführung

Die schweizerische Mitgliederversammlung entschied sich für ein Co-Präsidium als Nachfolge für den zurückgetretenen Baselbieter e. Nationalrat Rudolf Keller.

Gewählt wurden der Waadtländer Ingenieur Dr. Michel Dupont sowie der Zürcher Jurist und e. Gemeinderat Christoph Spiess. Das Vizepräsidium wird neu von der

Berner Bibliothekarin Margrit Neukomm besetzt.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Selbstverteidigungskurse

Muslimische Mädchen, welche bei uns aufgewachsen sind und unsere Schulen absolvieren, wollen sich in der Regel integrieren und sind oft sehr viel intelligenter als ihre patriarchalischen traditionalistischen Väter, weil sie erkennen, dass sie später bei der Stellensuche viel bessere Chancen haben, wenn sie sich figurbetont und ohne Verschleierung (Burka und Nikab) und überlangem Mantel präsentieren.

Der psychische Druck aus dem Elternhaus dürfte aber enorm sein!

Wie lange dauert es wohl noch, bis ein findiger Geschäftsmann respektive -frau auf die Idee kommt, Selbstverteidigungskurse speziell für Mädchen aus (radikal) muslimischen Familien anzubieten?

Zuflucht in Frauenhäuser, welche sich an anonymisierten Orten in der ganzen Schweiz befinden, ist die Ultima Ratio, wenn ein Mädchen seiner Kleidung und seinem westlichen Verhalten wegen, in seinem Elternhaus um sein Leben fürchten muss.

Gewisse fundamentalistisch orientierte Muslime zeigen eine hochgradig gestörte Sexualität und folglich auch ein respektlos ignorierendes Verhalten gegenüber Frauen.

«Ehrenmorde» (wie zynisch!) beweisen, dass es nicht um Liebe, sondern nur noch um blindwütige Dominanz und undifferenzierte Übermacht geht. Deshalb Ja zum Verhüllungsverbot!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen? Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 974 20 10, schweizer-demokraten@bluewin.ch
Sie können sich auch an folgende Person wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstr. 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch